

Wie weiter in der Causa Strenz?

Die Deutsch-Südkaukasische Parlamentariergruppe braucht dringend einen neuen Vorsitz

VON RAFFI KANTIAN

Stand der Dinge

Bereits in der September-Ausgabe der *ADK*¹ waren wir auf den Fall Karin Strenz eingegangen. Nach dem Redaktionsschluss Mitte September sind wichtige Informationen hinzugekommen.

Die *Süddeutsche Zeitung* publizierte am 19. September in „Die Aserbaidschan-Connection einer CDU-Abgeordneten“ Wesentliches: „Auf ihrer Bundestagsseite gibt Karin Strenz als Nebentätigkeit an, von einer Firma namens Line M-Trade im Jahr 2014 sowie im Januar 2015 Geld bekommen zu haben, und zwar jeweils zwischen 7500



Karin Strenz

© CDU Mecklenburg-Vorpommern

und 15 000 Euro. Laut Handelsregister gehört die Line M-Trade eben jenem früheren CSU-Politiker Eduard Lintner, der seit 2009 als Lobbyist für Aserbaidschan agiert - vor allem mit seiner Firma ‚Gesellschaft zur Förderung der deutsch-aserbaidschanischen Beziehungen‘ (Gefdab). [...] Der frühere CSU-Politiker bestreitet nicht, dass das Geld aus Baku stammt; seine Gesellschaft sei von einer ‚Partner-NGO in Aserbaidschan‘ unterstützt worden, die unter ande-

1 *ADK* 176, Jg. 2017/Heft 3, S. 12/13 bzw. <http://www.deutscharmenischegesellschaft.de/2017/08/08/im-widerspruch-zum-amt-karin-strenz-allzu-offensichtliche-naehe-zu-baku/>

rem vom Staat finanziert werde. Neu ist jetzt, dass das Gleiche für die Line M-Trade gilt. Er habe mit beiden Firmen dieselben Ziele verfolgt, sagte Lintner am Montag der *SZ*. [...] Anfang 2014 gründete Karin Strenz gemeinsam mit einer langjährigen Mitarbeiterin der Gefdab eine eigene Firma, die Extent GmbH, als Geschäftsführerin und Gesellschafterin. Auf ihrer offiziellen Bundestagsseite ist die Extent allerdings nicht zu finden. Das Ziel der Firma ist laut Handelsregister die ‚Beratung und Begleitung nationaler und internationaler Kunden in rechtspolitischen, europarechtlichen, völkerrechtlichen sowie wirtschaftlichen Angelegenheiten‘. Das klingt ein wenig nach Lobbyarbeit, nur für wen? Auch dazu: keine Antwort von Karin Strenz.

Ein paar Monate nach der Gründung tritt Strenz als Geschäftsführerin zurück, ihre Anteile übernimmt Kurt Strenz, ihr Ehemann. Weil Strenz die Firma lieber nicht in der Öffentlichkeit sehen will?²

Über dieses Thema berichteten zeitnah auch das *Politmagazin Report Mainz*, *Deutschlandfunk* und andere.

Report Mainz und *SWR-Hörfunk* haben diese Recherchen Hartmut Bäumer, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Anti-Korruptionsorganisation Transparency International, vorgelegt. Er kommt zu dieser Einschätzung:

„Es gibt Verdachtsmomente, dass Frau Strenz hier nicht nur ihrem Gewissen gefolgt ist, bei den Entscheidungen, die sie getroffen hat und bei ihren Abstimmungsverhalten, sondern, dass es möglicherweise eine sachfremde Beeinflussung gegeben hat.“³

2 <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-die-aserbaidschan-connection-1.3671979>

3 <https://www.swr.de/report/kaviar-diplomatie-cdu-bundestagsabgeordnete-profitierte-von-zahlungen-aus-aserbaidschan/-/id=233454/did=20292218/nid=233454/1i4umfc/index.html>

Der Text des Report-Beitrags kann hier eingesehen werden: <https://www.swr.de/report/freundin-des-diktators-eine-cdu-bundestagsabgeordnete-profitierte-von-geld-aus-aserbaidschan/text-des-beitrags-freundin-des-diktators-eine-cdu-bundestagsabgeordnete-profitierte-von-geld-aus-aserbaidschan/-/id=233454/did=20292218/mpdid=20315380/nid=233454/pnzrbb/index.html>

Er ist auch als PDF verfügbar: <https://www.>



”

Wer im Deutschen Bundestag ganz offensichtlich sitzt, um die Interessen von Ländern zu vertreten, die ganz eindeutig nicht demokratisch geführt werden, der hat seinen Job verfehlt und darf den nicht weiter ausüben.

Frank Schwabe, MdB

“

Noch deutlicher wurde der SPD-Abgeordnete Frank Schwabe gegenüber *Report Mainz*: „Wer im Deutschen Bundestag ganz offensichtlich sitzt, um die Interessen von Ländern zu vertreten, die ganz eindeutig nicht demokratisch geführt werden, der hat seinen Job verfehlt und darf den nicht weiter ausüben.“

In seiner Pressemitteilung vom 20. September sagte Frank Schwabe ergänzend: „Wer als Bundestagsabgeordnete aus einem Land Geld bezieht und dazu nicht plausibel erklären kann oder will wofür dieses Geld gezahlt wurde und dann wiederholt in zuständiger politischer Funktion massives politisches Lobbying für dieses Land betreibt, der verhält sich korrupt.“⁴

[sw.de/-/id=20315528/property=download/nid=233454/1e96gul/manuskriptaserbaidschanconnection.pdf](http://www.frank-schwabe.de/de/artikel/1492.juristische-auseinandersetzung-mit-sw.de/-/id=20315528/property=download/nid=233454/1e96gul/manuskriptaserbaidschanconnection.pdf)

4 <http://www.frank-schwabe.de/de/artikel/1492.juristische-auseinandersetzung-mit->

Strenz' Pressemitteilung

Nach monatelangem Schweigen meldete sich Karin Strenz am 7. November mit einer langen, inhaltlich konfuse Pressemitteilung⁵ und äußerte sich zu den Vorwürfen.

Wahlbeobachterin: Darin erwähnt sie, dass sie bereits 2010 als Wahlbeobachterin in Aserbaidschan war. Dazu *Report Mainz*: „Allerdings nicht als Mitglied des Europarats, sondern in einer Delegation um Lobbyist Lintner.“

Des Weiteren behauptet Strenz: „Damals war mir nicht bekannt, wer diese Mission organisiert und finanziert.“ Zwei Zeilen davor widerspricht sie sich selbst: „In diesem Jahr [2010] hatte ich meine erste Begegnung mit Herrn Eduard Lintner in der EPP/CD-Fraktion der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er fragte Kollegen, ob Sie Interesse an einer Wahlbeobachtung in Aserbaidschan hätten.“

Dazu *Report Mainz*: „Er [Lintner] bestätigt, dass seine Wahlbeobachtungs-Missionen generell von Aserbaidschan bezahlt wurden und die Teilnehmer das auch wussten.“

Strenz erläutert, wie sie ihre Mission als Wahlbeobachterin ausführt: „Meine Einschätzung zur Wahl beruhte hingegen ausschließlich auf meinen eigenen Wahrnehmungen am Wahltag selbst.“

Ihre *sehr punktuellen* Wahrnehmung hat sie 2010 nicht daran gehindert, im aserbaidschanischen Fernsehen *sehr allgemein* zu verkünden: „Das, was ich heute kennengelernt und gesehen habe, ist meines Erachtens eine gute Wahl gewesen. Nach internationalen Standards ist nichts zu kritisieren.“ (O-Ton Strenz im Videomitschnitt von *Report Mainz*).

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) kam damals zu einer völlig entgegengesetzten Einschätzung: „Bedauerlicherweise zeigt unsere Beobachtung des Gesamtprozesses, dass die Voraussetzungen für eine sinnvolle demokratische Wahl nicht geschaffen wurden. Wir sind besonders besorgt über Einschränkungen der Grundfreiheiten, die Voreingenommenheit der Medien, die Dominanz des öffentlichen Lebens durch eine Partei und schwere Verstöße gegen den Wahltag.“⁶

karin-strenz.html?sstr=Strenz

5 http://www.strenz.de/media-pool/79/794308/data/19_LG/Presserklaerung_7.11.2017.pdf

6 <http://assembly.coe.int/ASP/News->



Alles bestens in Baku: Eduard Lintner nach den Präsidentschaftswahlen von 2013

© azertag.az

Quelle des Geldes

Dass Karin Strenz Geld von Line-M-Trade bekommen hat, gibt sie zu, aber „ich wusste nicht, dass es sich bei der Line M-Trade um eine aus Aserbaidschan finanzierte Gesellschaft handelte“.

Dass das Geld aus Aserbaidschan stammt, hat der Lobbyist Lintner gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* bereits zugegeben (s.o.). Mehr noch: Der *Süddeutschen Zeitung* sagte Lintner im Oktober ergänzend: „Meine Beziehung zu Aserbaidschan kannte sie ja und wir haben auch nie ein Geheimnis draus gemacht.“⁷ Karin Strenz' Äußerung sind daher bestenfalls eine Schutzbehauptung.

Karin Strenz' „Task Force“

Angeblich will Karin Strenz sich für eine Lösung des Karabach-Konflikts eingesetzt haben. Dazu schreibt sie in ihrer Pressemitteilung: „Um einen kleinen Schritt in Richtung Konfliktlösung zu gehen, haben mein Co-Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südkaukasus, Johannes Kahrs (SPD) und die Kollegin **Doris Barnett (SPD)**, Leiterin der deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, und ich überlegt, ob es sinnvoll ist, eine Arbeitsgruppe zu installieren, die auf diplomatischem Wege die unterschiedlichen Interessen zusammenbringen und Hürden überwinden

Manager/EMB_NewsManagerView.asp?ID=6049&L=2

7 <http://www.sueddeutsche.de/politik/geld-aus-aserbaidschan-strenz-angebliche-ahnungslosigkeit-wirft-zweifel-auf-1.3729284>

kann. Diese Gruppe sollte aus jeweils drei Abgeordneten aus Deutschland (wie gerade benannt), aus Aserbaidschan, aus Armenien und Russland bestehen. Russland, weil es einen entscheidenden Einfluss auf die Geschichte Armeniens hat. Außerdem sollten drei Kollegen aus Österreich dazu kommen, da Österreich den OSZE-Vorsitz in diesem Jahr innehat, den Deutschland im Jahre 2016 bekleidete. Für **unser** Ansinnen, der Bildung einer solchen ‚Task Force‘, befragten wir die Südkaukasusexperten des Kanzleramtes und des Auswärtiges Amtes. **Schriftlich** wurde **uns** mitgeteilt, dass sowohl der Kanzleramtsminister Peter Altmaier, als auch der damalige Außenminister und heutiger Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Idee grundsätzlich unterstützen. **Wir** bekamen die Zusagen Aserbaidschans und Österreichs. Trotz eines Gesprächs mit dem russischen Botschafter und armenischen Botschafter erhielten **wir** bis zum heutigen Tag leider keine Zusage zur Zusammenarbeit.“

Hier tauchen drei Fragen auf:

- **War die SPD-Abgeordnete Doris Barnett daran beteiligt? Wenn ja, in wie weit?**

Sieht man, wie oft Karin Strenz im obigen Abschnitt von „wir“ und „unser“ spricht (Hervorhebung durch R.K.), muss man davon ausgehen.

Um das zu klären, haben wir uns an Doris Barnett gewandt. Nach ihrer *schriftlichen* Darstellung hat es eine *einzigste Aktion* gegeben, an der sie, Karin Strenz und Johannes Kahrs (SPD) gemeinsam beteiligt waren: Sie haben zu dritt den russischen Botschafter aufgesucht. Danach hat Frau Barnett einen Brief an Peter Altmaier mitunterschie-

ben. Darin informierten die Abgeordneten Strenz, Kahrs und Barnett Herrn Altmaier über ihre Idee, eine Expertengruppe aus deutschen, armenischen, aserbaidischen und russischen Parlamentariern (jeweils 3) zu gründen. Das war im Juni 2016. Es folgten aber keine weiteren Schritte, Treffen, Absichtserklärungen oder Zusagen, an denen Frau Barnett beteiligt gewesen wäre. Es ist also bei der Idee geblieben. Jedenfalls was Frau Barnetts Beteiligung anbetrifft.

- Hat das Bundeskanzleramt / Kanzleramtsminister Peter Altmaier die Idee des „Task Force“ schriftlich unterstützt?

Um das zu klären, hat die ADK-Redaktion sich an das Bundeskanzleramt gewandt. Die telefonische Auskunft: Das Bundeskanzleramt würde Projekte dieser Art *nie schriftlich* bestätigen bzw. guthießen. Des Weiteren haben wir die Behauptungen von Frau Strenz' dem Bundeskanzleramt schriftlich vorgelegt und gefragt, ob diese den Tatsachen entsprechen. Die schriftliche Antwort des Bundeskanzleramts: „Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir aus der Korrespondenz des Chefs des Bundeskanzleramtes nicht zitieren. Grundsätzlich unterstützt die Bundesregierung Bemühungen, den Dialog zwischen Armenien und Aserbaidschan zu fördern, um die Lage in Nagornij-Karabach zu beruhigen und eine Konfliktlösung voranzubringen.“

- Was sagt die armenische Seite dazu?

Eine gewöhnlich sehr gut unterrichtete Quelle berichtete uns auf Anfrage, dass weder der Bundestag, dessen Mitglied Frau Strenz ist, noch dessen Auswärtiger Ausschuss noch die Bundesregierung die armenische Seite von der Beauftragung von Strenz mit dieser Aufgabe in Kenntnis gesetzt hätte.

Des Weiteren versicherte unser Gewährsmann: Die armenische Seite hat bis zum heutigen Tag von Karin Strenz nichts Offizielles bzw. Schriftliches bekommen.

Dann gibt es die sog. österreichischen Abgeordneten, mit denen Frau Strenz in dieser Angelegenheit zusammengearbeitet haben will. Dazu unser Gewährsmann: Wie eine Recherche in Wien ergeben habe, wüssten die dortigen politischen Kreise, die mit dem Berg-Karabach-Konflikt befasst sind, also jene, die innerhalb der OSZE agieren, nichts von Frau Strenz' Initiative.

Blind auf dem aserbaidischen Auge

Gleich auf Seite 1 ihrer Pressemitteilung vom 7. November erwähnt sie den [armenischen] „Angriff auf Chodschali in der Nacht zum 26.2.1992“. Und fährt fort: „Dieses Vorgehen war verbunden mit einem blutigen Massaker an Kindern, Frauen und Männern.“ Die antiarmenischen Pogrome in Sumgait, Kirowabad, Baku und anderswo, alle *vor* 1992, erwähnt sie mit keiner Silbe.

Dabei hatte im Februar 2017 der SPD-Abgeordnete Niels Annen, Außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion in einer Pres-

„

Das ist so billig, diese Leute scheinen nicht mal zu realisieren, wie sehr sie dem Regime dabei helfen, die Menschenrechte in meinem Land zu verletzen. Das ist so erbärmlich.“

Khadija Ismayilova
Aserbaidschanische Journalistin und
Trägerin des Alternativen Nobelpreises

“

semitteilung seiner Fraktion geschrieben: „Tausende Menschen verloren im Verlaufe dieses blutigen Konfliktes ihr Leben – auf beiden Seiten [...] Aber auch an der armenischen Bevölkerung kam es im Verlauf des Konfliktes zu Pogromen und Verbrechen.“⁸

Karin Strenz ficht das nicht an. Sie wiederholt immer noch das, was Bakus Propagandamaschine gerne hört. Das ist nicht nur ignorant, sondern auch hochgradig zynisch.

Man hat 2013 mit Karin Strenz einen ungeeigneten, weil zutiefst parteiischen Kandidaten zum Vorsitzenden der Deutsch-Südkaucasischen Parlamentariergruppe gewählt. Jemand mit dieser ausgeprägten antiarmenischen Haltung ist *gerade dort* eine Fehlbesetzung. Der neue Bundestag muss diesen eklatanten Fehler korrigieren.

Schreiben der Deutsch-Armenischen Gesellschaft

Angesichts dieser Entwicklung hat die

⁸ <http://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/frieden-sicherheit-stabilitaet-demokratie-suedkaukasus>

Deutsch-Armenische Gesellschaft sich Anfang Oktober 2017 an namhafte Bundestagsabgeordnete gewandt und plädierte nachdrücklich für die folgenden beiden Punkte:

- „Um weiteren Schaden von der Bundesrepublik Deutschland im Europarat abzuwenden plädieren wir als Deutsch-Armenische Gesellschaft nachdrücklich dafür, dass Frau Strenz die Bundesrepublik im Europarat fortan nicht mehr vertritt.“

- „Wir plädieren nachdrücklich dafür, dass Frau Strenz in der neuen Legislaturperiode nicht wieder mit der Leitung der Deutsch-Südkaucasischen Parlamentariergruppe betraut wird.“

Unser Schreiben ging mit Ausnahme der AfD an alle Fraktionen. Und mit Ausnahme der FDP bekamen wir von den anderen interessante Reaktionen.

Eine erste Entscheidung in der Causa Strenz

„Nach langem Zusehen zieht die Fraktionsführung zwei CDU-Vertreter aus der parlamentarischen Versammlung des Europarates ab, die sich als besonders treue Aserbaidschan-Lobbyisten betätigt hatten: Delegationsleiter Axel Fischer und die Bundestagsabgeordnete Karin Strenz“, berichtete *Der Spiegel* in der Ausgabe 44/2017.⁹

Unsere zweite Forderung ist insofern wichtig und notwendig, weil in der öffentlichen Diskussion Karin Strenz' Verhalten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) und ihre angebliche „Korruption“ zwar thematisiert und kritisiert wurde, *nicht* jedoch ihre Rolle als Vorsitzende der Deutsch-Südkaucasischen Parlamentariergruppe bzw. ihr angebliches Engagement in der Berg-Karabach-Problematik.

Unsere erste Forderung ist bereits erfüllt. Was aus der zweiten wird, war bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe unklar. Auf der Webseite des Bundestags wird sie nach wie vor als Vorsitzende der Deutsch-Südkaucasischen Parlamentariergruppe geführt.¹⁰ Und vermutlich wird das bis zur Bildung der neuen Regierung auch so bleiben. Es ist zu wünschen, dass dann eine geeignetere Person gewählt wird als Karin Strenz.

⁹ <http://www.spiegel.de/spiegel/wie-aserbaidschan-europaeische-politiker-gefuegig-macht-a-1175121.html>

¹⁰ http://www.bundestag.de/europa_internationales/parlamentariergruppen/, abgefragt am 16.12.2017.